

**Antrag I/2021**

**AfA Brandenburg**

**Der/Die Landesparteitag möge beschließen:**

**Einrichtung einer neutralen Anlaufstelle für Auszubildende (Ausbildungs-Ombudsstelle)**

1 Die duale Berufsausbildung  
2 ist ein guter Weg für junge  
3 Menschen eine erfolgreiche  
4 berufliche Zukunft zu beginnen.  
5 Damit die berufliche Ausbil-  
6 dung weiterhin attraktiv bleibt,  
7 wurde durch den Gesetzge-  
8 ber das Berufsbildungsgesetz  
9 (BBiG)<sup>1</sup> zum 01.01.2020 no-  
10 velliert und entsprechende  
11 Änderungen in der Handwerks-  
12 ordnung (HwO)<sup>2</sup> vorgenommen.  
13 Kernpunkte waren mehr Fle-  
14 xibilität in der Ausbildung in  
15 Teilzeit und die Einführung  
16 einer Mindestausbildungsver-  
17 gütung für Auszubildende. Die  
18 Durchsetzung fairer Ausbil-  
19 dungsbedingungen und eine  
20 hohe Ausbildungsqualität ist  
21 jedoch kein Selbstläufer.  
22 Nicht in jedem Unternehmen  
23 wird die Ausbildung so durchge-  
24 führt, wie es gesetzlich durch das  
25 BBiG sowie die HwO geregelt ist.  
26 Häufig kann es zu Konflikten in  
27 den Ausbildungsbetrieben und

28 an der Berufsschule kommen. In  
29 der Folge werden Ausbildungs-  
30 verträge vorzeitig abgebrochen.  
31 Eine neutrale Beschwerde-  
32 und Schlichtungsstelle kann in  
33 solchen Fällen helfen.

34 In Brandenburg soll eine An-  
35 laufstelle für Auszubildende (sog.  
36 Ausbildungs-Omdudsstelle) und  
37 für Jugendliche in der Berufs-  
38 vorbereitung bei der zuständigen  
39 obersten Landesbehörde für Be-  
40 rufliche Bildung (Ministerium für  
41 Wirtschaft, Arbeit und Energie)  
42 eingerichtet werden. Wie im Ko-  
43 alitionsvertrag bereits vereinbart,  
44 soll die Ombudsstelle in enger  
45 Zusammenarbeit mit den Kam-  
46 mern und den Sozialpartnern (Ar-  
47 beitgeberorganisationen und Ge-  
48 werkschaften) errichtet werden.  
49 Aufgabe ist die neutrale und  
50 kostenfreie Beratung von Auszu-  
51 bildenden und Jugendlichen in  
52 der Berufsvorbereitung im Land  
53 Brandenburg in konkreten Kon-  
54 fliktsituationen.

55

### 56 **Begründung**

57 Auszubildende brauchen eine  
58 Stimme und mehr Sicherheit in  
59 der beruflichen Ausbildung. Der  
60 Wandel der Arbeitswelt führt  
61 zu großen Veränderungen auch

62 in der beruflichen Ausbildung.  
63 Berufsbilder wandeln sich, die  
64 Gruppe der Auszubildenden wird  
65 heterogener, u.a. durch den Zu-  
66 wachs an jungen Menschen mit  
67 Migrationshintergrund und die  
68 Anforderungen in der Ausbildung  
69 durch digitale Prozesse nehmen  
70 zu. Berufsbildungsexperten  
71 erwarten einen wachsenden  
72 Unterstützungsbedarf für Auszu-  
73 bildende und Jugendliche in der  
74 Berufsvorbereitung.

75 Im aktuellen Koalitionsvertrag ist  
76 die Schaffung einer Anlaufstelle  
77 für Auszubildenden in Zusam-  
78 menarbeit mit den Kammern und  
79 Sozialpartnern bereits verankert.  
80 Im BBiG sind die Kammern als  
81 zuständige Stellen mit entspre-  
82 chenden Aufgaben benannt.  
83 Durch die Einrichtung von Be-  
84 rufsbildungsausschüssen wird  
85 die Durchführung der Ausbildung  
86 überwacht. Insbesondere die Ge-  
87 werkschaften sind bei individual-  
88 und kollektivrechtlichen Fragen  
89 eine wichtige Anlaufstelle für  
90 Auszubildende. Jedoch zeigt sich,  
91 dass in vielen Konfliktsituationen,  
92 wie bspw. zwischen Auszubilden-  
93 den und Ausbildungsbetrieb  
94 aber auch für Jugendliche in  
95 der Berufsvorbereitung, eine

96 neutrale, unabhängige Klärung-  
97 und Schlichtungsstelle fehlt.

---

<sup>1</sup>[https://www.gesetze-im-internet.de/bbig\\_2005/](https://www.gesetze-im-internet.de/bbig_2005/)

<sup>2</sup><https://www.gesetze-im-internet.de/hwo/>